



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 866 890

P/XVI/87 - 17. April 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 Dr. Richard Jaeger und das Grundgesetz 52  
Bundestagevizepräsident für Verfassungsbruch?

2 - 3 Freiheit - Gerechtigkeit - Menschenwürde 69  
Zu dem Kongress sozialdemokratischer ehemaliger  
politischer Häftlinge aus der Sowjetzone in  
Bad Godesberg

4 Das Bündnis der Anasschlagenen 36  
Die Gründung der Gesamtdeutschen Partei

5 - 6 Klare Haltung zur Verteidigung 65  
Nach dem Parteitag der norwegischen Sozialdemokraten  
Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raston

\* \* \*  
\* \*

Dr. Richard Jaeger und das Grundgesetz

Bundestagsvizepräsident für Verfassungsbruch?

"Nach der Bundestagswahl müsse es die CDU/CSU allein oder zusammen mit einer anderen Partei mittels Zweidrittelmehrheit fertigbringen, die Verfassungsänderung für eine Notstandsgesetzgebung zu erreichen. Gelingt dies nicht, werde der Staat zugrunde gehen, oder die Regierung wäre -um das abzuwenden- gezwungen, a u s s e r h a l t e n die Verfassung oder sogar g e g e n sie tätig zu werden". (dpa 77/16.45 Uhr 16.4.61 sm).

\* \* \*

sp- Diese Ausführungen stammen -wenn die Deutsche Presse-Agentur richtig gemeldet hat- von Bundestagsvizepräsident Dr. Richard J a e g e r. Sie wurden in einem Referat in der Plenarsitzung der bayerischen Jungen Union in Kempten/Allgäu gemacht. Bis zur Stunde liegt kein Dementi des Herrn Bundestagsvizepräsidenten vor.

Wir sind von Herrn Dr. J a e g e r allerlei gewohnt. Dass er aber offen einen Verfassungsbruch ankündigt, geht über das Mass des Erträglichen hinaus. Man sagt oft, "wenn das Herz voll ist, dem läuft der Mund über". Dies scheint auch bei Herrn Dr. J a e g e r in Kempten der Fall gewesen zu sein, wenn man daran denkt, dass der gleiche Mann schon seit Jahren Gedanken der sogenannten Abendländischen Akademie propagiert und nicht fern jenen Ideen steht, die ein Herr Franco in Madrid und ein Herr Salazar in Lissabon für "demokratisch" halten.

An den Ausführungen des Herrn Dr. J a e g e r, Bundestagsvizepräsident (!), ist mehreres sehr interessant. Dieser Mann spielt mit der Idee, die Verfassung zu brechen, wenn er es, bzw. eine Regierung, für notwendig hält. Hier wird von vornherein unterstellt, dass "die Regierung" immer recht hat, eine Überlegung, die geradewegs vom Obrigkeitsstaat alter Ordnung zum Obrigkeitsstaat neuer Prägung eines Franco und eines Salazar führt. Gedanken dieser Art sind nicht neu; sie bilden das geistige Fundament von politischen Aktionen, die man in Fachkreisen "legale Überwindung der Demokratie" nennt.

Aufschlussreich ist aber auch die andere Redewendung Dr. J a e g e r s. Der Bundestagsvizepräsident spricht vom "Staat" so, als habe er allein eine Aussage darüber zu machen, wer und was den Inhalt eines Staates, des demokratischen Staates, bestimmt. Der Staat und die Regierung -das scheint in seiner Vorstellung ein ausschliesslich mit der CDU/CSU identisches Gebilde zu sein. Die Tatsache, dass a l l e im Bundestag vertretenen Parteien das Grundgesetz sojaken, scheint Herrn Bundestagsvizepräsidenten Dr. Richard J a e g e r überhaupt nicht bewusst zu sein. Wie könnte man sich sonst erklären, dass Herr Dr. Richard J a e g e r den implizierten Verfassungsbruch für eine Norm-Möglichkeit unseres Verfassungslebens hält?

Was Herr J a e g e r sich in Kempten vor der Jungen Union Bayerns geleistet hat, ist nicht nur sehr ernst zu nehmen, weil dieser Mann einer der Vizepräsidenten des Bundestages ist, sondern auch deswegen, weil seine Zuhörer gerade an dieser Stelle begeistert Beifall geklatscht haben sollen. Wir meinen, dass nicht nur der Bundestagspräsident die Verpflichtung hätte, seinen Präsidiumskollegen zur Ordnung zu rufen, sondern dass auch der gesamte Bundestag gegen Herrn J a e g e r aufsteht. Wer so leichtfertig, wie Herr Dr. Jaeger, mit dem Verfassungsbruch spielt, hat das Pech vermerkt, dem Präsidium des auf der Grundlage unserer Verfassung gewählten Parlaments anzugehören. - Oder ist der ganze Vorgang nur dadurch zu erklären, dass die CSU -die Partei also, der Herr Dr. Jaeger angehört- 1949 gegen das Grundgesetz gestimmt hat?

\* \* \*

Freiheit - Gerechtigkeit - Menschenwürde

G.M.- Wer geglaubt hätte, dass die am vergangenen Wochenende in Bad Godesberg zusammengekommenen ehemaligen sozialdemokratischen Häftlinge des Sowjetzonenregimes den Sinn ihres Treffens ausschliesslich in der Formulierung eines "Anti-Dankens" erblickten, musste sich eines Besseren belehren lassen. Es wäre verständlich gewesen, wenn Menschen, die zum Teil jahrelang in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern Ulbrichts festgehalten wurden und Unmenschliches erdulden mussten, in jenen Chor eingestimmt hätten, der im "Anti" die einzige Regung des notwendigen politischen Aufstandes gegen den Kommunismus erblickt.

Man muss sich vergegenwärtigen: In der Stadthalle von Bad Godesberg waren Frauen und Männer, von denen viele auch schon unter Hitler wegen ihrer demokratischen Gesinnung Unsägliches erdulden mussten und die dann unter Ulbricht -aus dem gleichen Grunde- in dieselben Zuchthäuser und Konzentrationslager geworfen wurden. Die Summe des menschlichen Leides und die Summe der Widerstandsleistung gegen jede Art von Diktatur ist auch nur dann unzulänglich erkennbar, wenn man sagt, dass in diesem Saale "Zehntausend Jahre Haft" zusammen waren.

Es gab erschütternde Szenen des Wiedersehens. Menschen, die jahrelang die Zuchthauszelle miteinander teilten, die dann auseinandergerissen wurden, fanden sich wieder. Sie umarmten sich weinend vor Erschütterung und zitternd vor Freude darüber, dass sie der Hölle entronnen sind...

Über dieser Versammlung lag unausgesprochen die Stimmung eines Stolzes auf die menschliche und politische Leistung des Widerstandes gegen den kommunistischen Terror. Wahrscheinlich ist es dieser Stolz, der den früheren Häftlingen aus den Zonenzuchthäusern die Kraft gibt, neue Ideen zu entwickeln, mit deren Hilfe das Göttern Überwunden werden kann und das Neue Form und Inhalt gewinnen soll.

Zwischen dem demokratischen Sozialismus und jeder Art von Diktatur gibt es keinen Kompromiss. Das bezeugten die Beifallsstürme, wenn Erich Ollenhauer, Willy Brandt, Malaemar von Knorringes, Dr. Willi Brandert und

Stefan Thomas in ihren Referaten von der grossen Leistung demokratischer Selbstbehauptung der freien deutschen Arbeiterbewegung in den Jahren der Hitlerdiktatur und der Ulbrichtdiktatur sprachen. In diesem Beifall lag aber auch die Bereitschaft zur Mitwirkung an der Sicherung des demokratischen Staates, an der Sicherung der demokratischen Selbstbehauptung.

In den Referaten und Diskussionsbeiträgen wurde klar ersichtlich, dass, jenseits von allen materiellen Errungenschaften der modernen Industriegesellschaft, die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Würde des Menschen die Substanz des demokratischen Staates an sich sind, und dass die in einem solchen Staat lebenden Menschen bereit sein müssen, Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde gegen jeden Angriff zu verteidigen.

Das Leid des Geprüften gibt diesen Menschen, die jetzt unter uns leben, das Recht, auf Fehler unserer eigenen Gesellschafts- und Staatsordnung aufmerksam zu machen. So war es kein Wunder, dass die Versammlung erregt wurde, als ein Diskussionsredner die Frage stellte, ob hierbei alles in Ordnung sei, wenn ein Heyde-Sawade davon sprechen könne, er werde aus seinen zukünftigen Pensionsbezügen die Schulden seiner Frau bezahlen.

Bewunderungswürdig aber ist der Realismus, mit dem die ehemaligen Zonenhäftlinge an den Versuch herangehen, von sich aus einen Beitrag zur Überwindung der Spaltung unseres Vaterlandes zu leisten. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen hierbei ist die von jeder propagandistischen Formulierung sich freihaltende Einsicht, dass der freie Westen mehr an sozialer Gerechtigkeit, mehr an Freiheit und Menschenwürde repräsentieren muss, als jede andere Staatsform. Der Zusammenhalt unseres Volkes und die Vermeidung seines Auseinanderlebens wird nur erreicht, wenn wir hier in der Bundesrepublik ein Gesellschafts- und Staatsleben schaffen, das beispielhaft ausstrahlt und die Gewalttäter von Pankow dazu zwingt, sich täglich neu mit der geistigen und materiellen Überlegenheit der freiheitlichen Demokratie auseinanderzusetzen.

Dieses Wollen und Streben ist das Kriterium für die politische Reife der Menschen, die durch die Zuchthäuser und Konzentrationslager Hitlers und Ulbrichts gegangen sind. Sie haben sich trotz des ihnen zugefügten unermesslichen Leides den Blick für das Ganze und der Sinn für die politische Aufgabenstellung ihres und unseres Vorkens für die Demokratie bewahrt. Dafür müssen wir ihnen dankbar sein!

Das Bündnis der Angeschlagenen

es - Ob dem Gebilde, genannt Gesamtdeutsche Partei, das am vergangenen Wochenende in Bonn aus der Taufe gehoben wurde, eine bescheidene Zukunft beschieden ist, wird sich schon am Tage nach der Bundestagswahl erweisen. Die Aussichten dafür sind nicht gerade günstig. Zwei mal zwei ergibt im politischen Bereich nicht immer vier. Addiert man die Stimmen, die bei den Bundestagswahlen im September 1957 auf den Gesamtdeutschen Block (BHE) und die Deutsche Partei (DP) entfielen, zusammen, so ergäben sich schon gewisse Chancen, die Hürde der fünf Prozent zu übersteigen. Aber inzwischen ist allerhand geschehen, die Vertretung der DP im Bundestag ist auseinandergefallen, in Niedersachsen, ihrem Stammland, hat sie bei den letzten Kommunalwahlen geradezu lebensgefährliche Verluste einstecken müssen, und selbst bei den vorhandenen DP-Wählern fand der Gedanke einer Fusionierung mit dem DP-/BHE nicht einhellige Zustimmung. Auch den stürmisch auf Brautschau bedachten Bräutigam umgibt kein strahlender Glanz. Vorbei sind die Zeiten, da der BHE wie ein Meteor am politischen Himmel der Bundesrepublik auftauchte; sein Zusammengehen mit Adenauer auf Bundesebene hat ihn um seinen Glanz und an den Rand des Abgrunds gebracht.

Nun haben sich beide nach langem Hin und Her zu einem neuen, diesmal gemeinsamen Anlauf zusammengefunden. Es ist ein reines Zweckbündnis, ohne inneren Zusammenhalt, eine Vereinigung von widersprüchlichen Kräften auf der Grundlage eines schimmernden Programms, in dem die nationalistische Komponente überwiegt. Was da über die Sozialpolitik, über den Mittelstand, über "die soziale und kulturelle Aufrüstung des deutschen Volkes" zu lesen ist, sind zu nichts verpflichtende Gemeinplätze, sind Verlegenheitslesungen einer politischen Gruppe, über deren Existenzberechtigung man füglich in Zweifel sein kann. Über dieser mit viel rhetorischen Schwung vollzogenen Gründung liegt ein schwerer Schatten. Der Mann, der einst der DP so etwas wie ein Profil gab, der stämmige Wolke Heinrich Hellwege, einst Bundesminister und Ministerpräsident von Niedersachsen, machte nicht mit, seine Unterschrift fehlt, er hat sich verbittert in die politische Wüste zurückgezogen, um von dort aus nach anderen Ufern zu streben. Ein Waretakel für diese Partei, die mit solch anspruchsvollen Namen auftritt? Die Zuflucht zu unerschwelligen, einer entschwundenen Zeit entnommenen Themen, bleibt kümmerlicher Ersatz für ein Programm, dem jede Ausstrahlungskraft fehlt.

### Klare Haltung zur Verteidigung

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Haesten

Wenige Wochen vor der NATO-Ratssitzung in Oslo hat die sozialdemokratische Regierungspartei Norwegens ihre Haltung in der seit langem diskutierten Atomfrage dargestellt und damit auch zu den allgemeinen Verteidigungsaufgaben innerhalb des atlantischen Bündnisses Stellung genommen. Die Entschliessung, die auf dem Parteitag angenommen wurde, enthält eine Anknüpfung an die neuen strategischen Überlegungen, die von Präsident Kennedy ausgegangen sind, und die für die ganze Frage der kommenden NATO-Aufgabenverteilung die grösste Bedeutung haben werden.

Ausgehend von der Tatsache, dass die weitaus überwiegende Mehrheit der norwegischen Bevölkerung gegen eine atomare Bewaffnung ist und im Einklang mit der bisherigen, von sämtlichen Parteien unterstützten Regierungspolitik, erklärt die norwegische Arbeiterpartei, dass sie daran festhält, Kernwaffen sollen nicht auf norwegischem Boden stationiert werden. Diese Formulierung ist eine Bestätigung des ursprünglichen "Atom-Paragraphs" vom Jahre 1957, worin Norwegen - wie auch Dänemark - Vorbehalte gegenüber den Empfehlungen der NATO-Instanzen angemeldet hatte, alle NATO-Länder sollten mit den modernsten Waffen ausgerüstet werden.

Neu ist der Satz: "dieser Standpunkt macht es erforderlich, grösseres Gewicht auf eine effektive Bereitschaft zum Ausbau konventioneller Streitkräfte zu legen". Durch die Ablehnung der atomaren Bewaffnung will die Arbeiterpartei sich nicht der Verantwortung gegenüber der gemeinsamen Verteidigungsaufgabe des Westens entziehen, sondern bereitet die norwegische Bevölkerung darauf vor, dass demnächst erhöhte Verteidigungsausgaben auf der Tagesordnung stehen können.

Diese beiden Erklärungen, die einander ergänzen, entsprechen, wenn es auch nicht offen zum Ausdruck gebracht wurde, einer politischen Überlegung der verantwortlichen Kreise über die NATO-Arbeitshypothese der kommenden vier Jahre. Die atomare Abschreckung soll "innerhalb der jetzt bestehenden Grenzen", das heisst, in den alleinigen Besitz der beiden angelsächsischen Grossmächte, bleiben. Man begrüsst die neuen

amerikanischen Vorbehalte gegenüber der früheren atomaren Vergeltungsstrategie und die Konzeption, wonach die konventionellen Waffen gestärkt werden sollen. Keinen Augenblick zweifelt man in Norwegen daran, dass die Amerikaner zu ihren Solidaritätsverpflichtungen stehen werden, und man ist bereit, neue Anstrengungen auf sich zu nehmen, um selbst zur Stärkung der gemeinsamen Verteidigung beizutragen.

Aber eines hat der sozialdemokratische Parteitag auch zum Ausdruck gebracht: Man wird sich nicht durch irgendwelche sowjetrussische Drohungen und Einmischungen einschüchtern lassen. Falls es gegen Erwartung zu einer Verschlechterung der internationalen Lage kommen sollte, die die Sicherheit Norwegens bedroht, wollen die Norweger in der Lage sein, als souveräne Nation selbst zu bestimmen, ob Atomwaffen doch auf norwegischen Boden gelagert werden müssen. "Norwegen", heisst es in dem entsprechenden Satz zur Atomfrage, "bestimmt durch seine konstitutionellen Gremien (d.h. Regierung und Parlament), welche Massnahmen zu jeder Zeit notwendig sind, um die Sicherheit und die Unabhängigkeit des Landes zu gewährleisten".

Durch den neuen "Atom-Paragraph", der mit rund 300 Stimmen gegen nur acht angenommen wurde, ist der Opposition sowohl ausserhalb wie innerhalb der Partei weitgehend der Boden entzogen worden. Es ist nunmehr fraglich, ob es zur Bildung einer neuen "Sozialistischen Volkspartei" kommt, deren Gründung von einer kleinen Gruppe Unzufriedener geplant war. Auch wenn eine solche Parteibildung zustande kommen sollte, hätte sie keine reellen Chancen, vor allem deshalb nicht, weil die Organisatoren bisher, abgesehen vom Kampf gegen Atomwaffen, kein eigentliches politisches Programm aufzuweisen haben.

Die sozialdemokratische Entschliessung zur Atomfrage und ein politisches Manifest sind die beiden Ausgangspunkte für den bevorstehenden Wahlkampf zu den Stortingswahlen im September. Das Manifest erklärt, dass die Arbeiterpartei in der neuen Legislaturperiode unter anderem eine Weiterentwicklung der wirtschaftlich rückständigen Gebiete in Norwegen gewährleisten und eine erhöhte Hilfsleistung für die afro-asiatischen Staaten einleiten wird. Unter der Devise "Weitere gute Jahre" erklärt das Manifest, "wie es möglich gewesen ist, die Armut abzuschaffen, meinen wir, dass es auch möglich ist, den Krieg abzuschaffen".

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel